

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Graubmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Name im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Stöckmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thiemer, Greifswald G. Illies,  
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

## Italien.

Rom, 28. Oktober. Der Kassationshof hat  
den Rekurs des Generalprokurators beim Appell-  
hofe im Prozeß der Banca Romana verworfen.

Rom, 28. Oktober. Aus Sizilien werden  
wiederum Unruhen gemeldet. Als die Polizei  
gestern Abend den Präsidenten und drei Vor-  
standsmitglieder des Arbeiterklubs in dem Städt-  
chen Milocca verhaftete, stürzte das Volk unter  
Führung von wild erregten Weibern das Gefäng-  
nis und befreite die Gefangenen. Heute traf  
dortselbst Militär ein und verhaftete vierzig Weiber  
sowie eine Anzahl Männer. Die Verhaftungen  
dauern zur Zeit noch fort. Auch in vier anderen  
Ortschaften der Provinz Palermo wurden heute  
viele sozialistische Führer verhaftet. Behufs  
Unterdrückung der sizilianischen Bewegung rath  
der aus Sizilien zurückgekehrte Kommissar Sen-  
sales die Auflösung gewisser Gemeinderäte, die  
successive Auflösung aller verdächtigen Klubs, die  
Bildung von berittenen Polizeikörpern und außer-  
dem die Regelung der Kontrakte der Arbeiter mit den  
Gutsbesitzern an.

Der volkswirtschaftliche Kongreß in Turin  
nahm heute eine Tagesordnung auf. Wiedereinfüh-  
rung des Zwangskurses an. Angerben billigte  
der Kongreß die Zollzahlung in Gold mit Aus-  
nahme von Getreide, Mais und Petroleum. Der  
„Tribuna“ zufolge wäre übrigens Giolitti ange-  
sichts des Widerstandes der Handelskammern von  
seiner Absicht, die Zollzahlung in Gold anzuor-  
dnen, abgelenkt.

Spezia, 29. Oktober. Am dem gestrigen  
Tage gab der britische Konföul ein Frühstück, an  
welchem der Herzog von Genoa, Admiral Sey-  
mour und die englischen und italienischen Offi-  
ziere theilnahmen. Später veranstaltete Admiral  
Seymour an Bord des „Sans Pareil“ ein  
Diner, welchem der Herzog von Genoa und Ad-  
miral Labranco beizuohnten. Abends fand in dem  
Politeama-Theater eine Festvorstellung statt. Die  
Stadt war prächtig beleuchtet. Die britischen  
Offiziere wurden überall mit lebhaften Rund-  
geburgen empfangen.

## Spanien und Portugal.

Madrid, 24. Oktober. In einer Be-  
sprechung des französischen „Liberal“ über  
die Ansichten eines spanisch-französischen Han-  
delsvertrages finde ich folgende Stelle, die meine  
früheren Äußerungen über diesen Punkt vollstän-  
dig bestätigt: „Da die letzte Verleiner in Frank-  
reich ein Erträgnis von 36 Millionen Felloster  
gehabt hat, der eigene Verbrauch und die Aus-  
fuhr aber etwa 46 Millionen betragen und die  
französischen Weine zudem die Farbe und den  
Alkoholgehalt der spanischen nichtig haben, so  
müßte es eigentlich im französischen Interesse  
liegen, die Einfuhr der letzten zu erleichtern.  
Aber neben den Geschäftskonten, die bona fide  
handeln, giebt es in Frankreich viele andere, die  
nicht so gewissenhaft sind und die einer Ver-  
ständigung mit Spanien — da sie dadurch geschädigt  
würden — die spanische Verleinerung ihrer  
Weine vorziehen, die sie mit den verschiedensten  
Stoffen bearbeiten und dann unter angegebener  
Marke ausführen.“ Die Hoffnungen für das  
Zustandekommen des Vertrages sind übrigens  
niemals groß. Dieser Tage war der spanische  
Botschafter in Paris, Kon v. Castillo, hier, um  
von neuem darüber Rücksprache zu nehmen.  
Frankreich behauptet bekanntlich, daß in dem  
seinerzeit abgeschlossenen modus vivendi die Weis-  
begünstigung ausgesprochen sei, und wird also,  
wenn demnächst die neuen Verträge in Kraft  
treten, einen dazugehörigen Anspruch erheben. Es  
muß sich dann zeigen, ob Spanien sich dieser  
Ansprüche anschließen oder aber den modus vivendi  
kündigen wird.

Madrid, 29. Oktober. Bei dem gestrigen  
Kampfe bei Melilla ist der Gouverneur von  
Melilla, General Margallo, getödtet worden.  
Die Rabulen wurden mit großem Verlust zurück-  
geschlagen. Die Verluste auf spanischer Seite sind  
nicht bedeutend.

Der Ministerrat hat die sofortige Abwendung  
von weiteren Verleinerungen beschlossen. General  
Macias wird heute den Oberbefehl in Melilla  
übernehmen.

## Großbritannien und Irland.

London, 28. Oktober. Nach einem hier ein-  
gegangenen amtlichen Telegramm aus Madrid  
haben die Feindseligkeiten zwischen den Spaniern  
und den Mauren bei Melilla gestern begonnen.  
Die Mauren eröffneten den Angriff von ihren  
Schützengraben aus und zwangen die Spanier,  
sich zurückzuziehen. In dem vom spanischen  
Kriegsministerium gebilligten Feldzugsplan war  
bekanntlich bestimmt worden, daß die Befestigungs-  
arbeiten sofort wieder aufgenommen würden. So  
begann denn am 26. d. eine von 400 Infante-  
rien geschützte Abtheilung Genetruppen auf dem  
rechten Ufer des Drosuffes, also jenseits Melilla,  
vom Kampfort aus Schanzen in der Richtung  
auf das neu anzulegende Fort Guarnich aufzu-  
werfen. Ihrem Versprechen getreu, daß sie nur  
die Arbeiten an diesem letzten Fort hindern  
würden, weil dort angeblich ein Festungszug ver-  
legt werde, stürzten die Mauren diese Arbeiten  
nicht. Zugleich scheinen die Arbeiten bis zu  
dem in südwestlicher Richtung, dem Guernaberge,  
also der verhängten Maurenstellung, gegenüber-  
liegenden Fort Guarnich vorgeschritten zu sein,  
und sofort sind die Mauren zum Angriff über-  
gegangen.

London, 28. Oktober. In Birmingham  
sind die Pöten angebrochen.

Stanley ist wegen Kontraktbruchs für eine  
Vorkassation in Amerika verklagt. Er war  
engagiert, mindestens 50 Vorträge zu halten, von  
denen dem betreffenden Agenten 10 Prozent der  
Einnahmen zugesichert waren; er brach aber den  
Kontrakt schon nach 13 Vorträgen und ging  
nach Afrika, um Emin zu befreien. Nach seiner  
Rückkehr versprach er, dem Vertrag nachzukom-  
men; er ging alsdann nach Amerika, hielt 110  
Vorträge à 200 Pfund, verweirte indeß dem  
Agenten die vereinbarte Tantieme.

## Rußland.

Der Gouverneur von Kiev hat an den Ver-  
weiger der römisch-katholischen Diözesen. Auf  
Schlichtung eines Erbschaftsgericht, der die Ver-  
fügung vom 18. Januar 1865 erneuert, wonach  
die katholischen Geistlichen ihre Pfründen unter

## Deutschland.

Berlin, 29. Oktober. Der Kaiser hatte am  
Sonabend Mittag den Vortrag des Staats-  
sekretärs des Reichshausamtes entgegengenommen  
und darauf noch eine Konferenz mit dem Reichs-  
kanzler Grafen v. Caprivi gehabt. Gegen 7 Uhr  
begab sich, wie angekündigt, der Kaiser mit dem  
Herzog Alfred von Sachsen-Koburg-Gotha gemein-  
sam nach Potsdam und dort nach dem Kasino  
des ersten Garde-Regiments zu Fuß, um einer  
Einladung des Offizierskorps des ersten Garde-  
Regiments zur Tafel zu entsprechen. An der Festtafel  
nahmen auch die Potsdamer Generalität, die Ge-  
folge und der Ehrenritter theil. Nach Aufhebung  
der Tafel kehrte der Kaiser mit seinem Gaste nach  
dem Neuen Palais zurück. — Am gestrigen Vor-  
mittage hatten sich die Majestäten zum Gottes-  
dienst nach Potsdam begeben. Um 1 1/4 Uhr fand  
im Neuen Palais die Frühmüßstafel statt. Am  
Abend um 7 Uhr war zu Ehren der Anwesenheit  
des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha in der  
Jaspis-Gallerie des Neuen Palais eine größere  
Festtafel veranstaltet, zu welcher über 100 Ein-  
ladungen ergangen waren.

Der Erbprinz von Sachsen-Meiningen ist  
gestern früh aus Altona hier eingetroffen und hat  
im Hotel „Der Reichshof“ Wohnung genommen.  
Am Vormittag um halb 12 Uhr begab der Erb-  
prinz sich zur Begrüßung der kaiserlichen Majes-  
täten und des Herzogs von Koburg von hier nach  
dem Neuen Palais, von wo er am Nachmittag  
um 4 Uhr nach Berlin zurückkehrte.

Der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha  
beabsichtigt, heute Vormittag nach Berlin zu kom-  
men, um hier seine Besuche abzuhalten. Heute  
Abend gegen 8 Uhr gedent der Herzog mit seiner  
Begleitung dann wieder abzureisen.

Dem Reichskanzler Grafen v. Caprivi ist  
im Auftrage des Kaisers am Sonabend Vor-  
mittag durch das Oberhofmarschallamt ein prächt-  
volles, nach Paraglyph gemaltes Portrait, welches  
den Kaiser in Halbfigur in der Uniform seines  
Regiments der Garde du Corps darstellt, über-  
sendet worden. Das in frischen Farben vom  
Maler Meinte sehr sorgfältig ausgeführte Bild,  
zur Anschauung des sogenannten Dreifaltig-  
saales im Reichskanzler-Palais bestimmt, ist in  
einem feinen Rahmen, mit der Kaiserkrone verzierten  
Goldrahmen gefaßt. — Die zu dem vorgestri-  
chen Diner beim Reichskanzler erschienenen Herren  
Minister und Staatssekretäre z. finden, wie die  
„A. Z.“ bemerkt, Gelegenheit, das bereits an  
seinem Bestimmungsorte angebrachte, sehr wirkungs-  
volle Bild in Augenschein zu nehmen.

Die Silberfrage hätte in den Vereinigten  
Staaten letzten beinahe zu einer unpopulären  
Krisis geführt, auf welche kein Mensch vorbereitet  
gewesen wäre. Es drohte ein Konflikt zwischen  
dem Präsidenten Cleveland und dem Senat, dessen  
demokratische Mehrheit eine Zeit lang zweifelhaft  
war, indem ein Theil derselben, die Anhänger  
von Silbermineralien, Wien machte, zu der  
republikanischen Minderheit überzugehen und mit  
dieser vereint gegen die Politik des Präsidenten  
Droit zu machen. Sie gingen zwar nicht bis  
zum offenen Widerstand gegen den Beschluß des  
Repräsentantenhauses, welcher die Abschaffung der  
Sherman-Bill aus sprach, sondern erklärten sich  
auch ihrerseits zur Befestigung dieser Bill bereit,  
aber nur unter der Bedingung, daß ein Mittel-  
weg eingeschlagen werde, um die Interessen der  
notleidenden Silberkäufer wenigstens einigermaßen  
zu retten. Im Grunde wäre das nichts anderes,  
als das Wiedereinführen der Sherman-Bill unter  
einem neuen Namen gewesen. Danach zu urtheilen,  
erhielt also der Ausbruch eines ersten parlamen-  
tarischen Konflikts so gut wie unabweislich.

Indes lassen die jüngsten Nachrichten von  
diesem erkennen, daß die Demokraten, welche auf  
einen Fakt mit der republikanischen Senatsminder-  
heit hinstreben, in letzter Stunde sich doch eines  
anderen, besseren besonnen haben. Wahrscheinlich  
wird es ihnen nahe gelegt sein, daß durch eine  
solche Handlungsweise das politische Prestige der  
Demokratie in schärfster Weise geschädigt werden  
müßte, und so haben sie denn auf weitere Ver-  
folgung ihrer seßhaftlichen Meinungen verzichtet.  
Es heißt, daß in der kommenden Woche die end-  
gültige Abstimmung des Senats über die Sher-  
man-Bill erfolgen soll und daß die demokratischen  
Mitglieder geschlossen dafür stimmen werden.

Es wäre um so mehr zu wünschen, daß der  
Senat mit der Sherman-Bill aufträte, als dadurch  
nicht nur der schon so lange dauern den Unklar-  
heit der amerikanischen Währungspolitik ein Ende  
gelegt, sondern auch Raum für die Revision der  
Wac Münch-Tarifbill gewonnen werden würde,  
welch letztere bekanntlich für die Entwicklung der  
wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen  
Amerikas zu Europa so wenig ersprießlich ge-  
wirkt hat.

Unter derjenigen Einnahmeposten im  
Reichshaushaltsetat, welche in den letzten Jahren  
ganz erfreuliche Höhen erreicht hatten, wird in  
dem nachfolgenden Etat auf eine sehr kleine  
Summe herabgemindert erscheinen, die Ueber-  
schüsse aus früheren Jahren. Im Etat für  
1892/93 figurirte dieser Posten mit 15,3 Millionen  
und in dem für 1893/94 noch mit 4,1 Millionen.  
Das für den nachfolgenden Etat bezüglich dieses  
Postens in Betracht kommende Jahr 1892/93 hat  
leider auch nicht einmal eine dem letzteren Betrage  
nahekommende Ueberschusssumme ergeben. Im  
Ganzen waren für das genannte Jahr an ordent-  
lichen Einnahmen, soweit sie dem Reiche verblei-  
ben, im Vergleich zum Etat 8 Millionen mehr  
zur Reichskasse geflossen. Jedoch hatte sich auch  
eine Mehrausgabe von 6,9 Millionen heraus-  
gestellt, jedoch der Ueberschuss des Etatsjahres  
1892/93 sich nur auf 1,1 Million belief. Dieser  
wird in den nachfolgenden Etat eingestellt, jedoch  
sich also bei diesem Posten ein Weniger in der  
Einnahme um rund 3 Millionen ergibt. Man  
wird allerdings immer noch zufrieden sein können,  
daß überhaupt in diese Einnahmeposition eine  
Summe eingestellt werden kann, denn in  
manchen früheren Jahren, beispielsweise 1890  
bis 1891, hat die Position wegen Mangels an  
Ueberschüssen überhaupt anfallen müssen.

Während sich in den vorhergegangenen  
Jahren die Etatsansätze für den Reichszuschuß zur  
Invaliditäts- und Altersversicherung jedesmal um  
etwa 3 Millionen erhöht haben, dürfte diesmal  
die Erhöhung bedeutend geringer sein. Es sollen  
in diese Position für den nachfolgenden Etat  
13 000 000 Mark eingestellt werden. Das würde  
gegen den laufenden Etat eine Erhöhung um  
1,2 Millionen bedeuten. Diese geringere Steige-  
rung dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die

früher ausgedachten Summen nicht ganz ver-  
braucht wurden. Von den 13,9 Millionen ent-  
fallen 10 125 000 Mark auf den Altersrenten-  
zuschuß, wobei zu dem am 1. Januar 1893 vor-  
handenen gewesen 177 000 Bezugsberechtigten ein  
Zugang von 34 000 und ein Abgang von 17 000  
veranschlagt ist. Was die Invalidenrente betrifft,  
so waren bis Ende 1892: 17 946 bewilligt. Die  
starke Zunahme der Antragsmeldungen von  
Bierleijahr zu Bierleijahr läßt darauf schließen,  
daß noch viele anpruchsberechtigte Personen vor-  
handen sind, die vermuthlich aus Unkenntnis der  
betroffenen Gesetzesbestimmungen ihre Ansprüche  
noch nicht geltend gemacht haben. Es dürften  
nach der bisherigen Zunahme zu schließen am  
1. April 1894 auf 46 500 Personen Invalidenrenten  
zu zahlen sein.

Die Kämpfe zwischen Arbeitgebern und  
Arbeitern in Frankreich sind zwar während der  
Dauer des Russenrums eingeengten in den  
Hintergrund gedrängt worden, treten aber jetzt  
wieder mit Schärfe in Erscheinung. Der Streik  
in den Kohlengruben des Pas de Calais hat bis  
jetzt allen Bemühungen, ihn friedlich beizulegen,  
getrozt. Seine Fortsetzung wurde dieser Tage  
von einer Arbeiter-Delegation beschlossen, welcher  
nur sieben Mitglieder angehörten, die mit Zug  
und Recht als Arbeiter bezeichnet werden dürfen.  
Alle übrigen, 39 an der Zahl, sind Kneipwirthe.  
Es zeigt diese Thatsache, daß auch in Frankreich,  
ähnlich wie bei uns, die sogenannte Arbeiterbe-  
wegung in Wahrheit von Keuten gemacht wird,  
deren Interessen mit denen der Arbeiter nicht nur  
keine Gemeinschaft haben, sondern ihnen in der  
Regel entgegengefeht sind. Der Weizen des Kneip-  
wirths blüht, wenn die Leute, statt ihrer Arbeit  
nachzugeben, in den Brennweinbrennereien herum-  
lungern und sich daselbst toll und voll trunken.  
Es ist denn auch kein Wunder, wenn die Gruben-  
gesellschaften es rundweg abgelehnt haben, mit  
den Kneipwirthen über ihre Arbeiterangelegenheiten  
zu verhandeln. Solange freilich die Arbeiter  
fortfahren, mit der Vorliebe den Vöck zum  
Gärtner zu machen, werden sie kaum auf einen  
günstigen Zweig kommen, in Frankreich so wenig  
als anderwärts.

Dem Vernehmen nach wird in den Reichs-  
haushaltsetat für 1894/95 die erste Rate für die  
Errichtung des Denkmals Kaiser Wilhelm's I. mit  
1,1 Millionen eingestellt werden. Bekanntlich hat  
der letzte Entwurf des Professors Begas die An-  
stimmung Sr. Majestät des Kaisers erhalten. Nach  
diesem Entwurf bleibt die Denkmalsanlage auf  
das östliche Ufer des Spreetals beschränkt und  
wird in den letzteren nur soweit hineinragen, als  
es mit den Bedürfnissen der Schifffahrt vereinbar  
ist. Die Anlage soll, wie gleichfalls bekannt,  
außer dem Reiterstandbild selbst, eine den  
Denkmalsplatz nach dem Schiffahrtkanal zu  
abschließende Halle umfassen. Für die umfang-  
reichen und schwierigen Begründungsarbeiten ist  
bereits ein spezieller Entwurf nebst Kostenaufschlag  
vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten ge-  
stellt. Die Ausarbeitung der Modelle für das Reiter-  
standbild ist Professor Begas übertragen, während  
über die Vergebung der sonstigen Bildhauer-  
arbeiten, namentlich den ornamentarischen und  
figürlichen Schmuck der Halle, eine endgültige  
Entscheidung noch nicht erfolgt ist. Die Ge-  
sammtkosten des Denkmals sind auf 8 Millionen  
veranschlagt; davon fallen nahezu 900 000 Mark  
auf die Gründungsarbeiten, zu denen übrigens  
auch der preussische Staat einen kleinen Betrag von  
nahezu 500 000 Mark zuzuschießen hat, 1,8  
Millionen auf das Reiterstandbild nebst Sockel,  
2,5 Millionen auf die zur Architektur gehörigen  
Bildwerke, und 1,6 Millionen auf den Bau der  
Ufermauern und der Halle, 1,2 Millionen auf  
sonstige Arbeiten, wie Ausgrabungen, Aufschüttung  
u. s. w. Die Bauarbeiten sollen so gefördert  
werden, daß die Denkmalsentstehung am 22. März  
1897, der hundertjährigen Wiederkehr des Ge-  
burtstages des hochseligen Kaisers, vor sich gehen  
kann. Die Gründungsarbeiten sollen im Jahre  
1894 ausgeführt werden. Mit der Herstellung der  
Modelle ist bereits begonnen worden.

Die schon seit längerer Zeit in Aussicht  
genommene neue Direktstelle im Reichsamt des  
Innen soll dem Vernehmen nach im neuen Etat  
für 1894/95 beantragt werden.

Während bisher allseitig angenommen  
wurde, daß der Reichstag erst nach dem 21. No-  
vember wieder zusammentreten sollte, am gleich  
die Steuervorlage entgegenzunehmen, ist jetzt eine  
sehr frühe Veranlassung, und zwar schon zum 16. No-  
vember ins Auge gefaßt, weil dem Reichskanzler  
daran liegt, dem Parlament ausreichende Zeit zu  
lassen, um eine gründliche Beratung der ihm  
sofort nach der Eröffnung zu unterbreitenden  
Handelsverträge mit Serbien, Rumänien und  
Spanien vorzunehmen. Eine Verlängerung der  
mit diesen Staaten geschlossenen vorläufigen Ab-  
kommen über den 31. Dezember dieses Jahres  
hinans ist unthunlich, würde auch nicht den deut-  
schen Interessen entsprechen. Gleichzeitig wird dem  
Reichstag alsbald auch der Reichshaushaltsetwurf  
vorgelegt werden.

Vorgestern Vormittag, begaben sich der Reichs-  
kanzler Graf Caprivi und der Reichsjustizsekretär  
Graf Potodowsky nach Potsdam, um dem Kaiser  
über das Ergebnis der jüngsten Verhandlungen der  
Finanzminister Vortrag zu halten.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt mit Bezug  
auf eine Note über die Einnahmen des Reichs  
für die erste Hälfte des laufenden Etatsjahres,  
worin gesagt ist, „wenn die Post- und Telegraphen-  
verwaltung auch das erste Halbjahr mit einem  
Plus von 5,7 Millionen gegen den gleichen Zeit-  
raum des Vorjahres abschließt, so erreicht sie da-  
mit doch nicht den Etatsanfang.“ Wir machen,  
um unrichtigen Folgerungen vorzugeben, darauf  
aufmerksam, daß die Einnahmen der Post- und  
Telegraphenverwaltung in den ersten sechs Mo-  
naten eines Etatsjahres den Etatsanfang noch nie-  
mals erreicht haben und auch nicht erreichen kön-  
nen, weil diese Monate im Vergleich zu den folgen-  
den die bei weitem verkehrsreichsten sind und  
deshalb die Division durch 2 nicht angewandt  
werden darf. Beispielsweise haben im Etatsjahr  
1892-93 die Einnahmen betragen für April bis  
September 116 480 847 Mark, für Oktober bis  
März 130 105 594 Mark.

Der russische Finanzminister Witte hält schon  
seit die Zeit für gekommen, in seinem Peters-  
burger Verbleibe schwere Verleinerungen gegen die  
deutsche Reichsregierung und die Monarchen des  
Dreibundes zu führen. Es ist das ein für uns  
sehr erwünschter und unsere bis herigen Nachrichten  
bestätigender Beweis, daß die Verhandlungen der

Berliner Konferenz den einseitigen Forderungen  
des Herrn Witte nicht genügen entsprechen.  
Wenn Herr Witte aber der Meinung ist, er könne  
dadurch ein besseres Ergebnis erzielen, daß er mit  
Deutschland wie mit seinen Schismatikern spricht,  
so wird er bald die Wahrnehmung machen,  
daß er sich hierin täuscht. Wir glauben das End-  
ergebnis der Verhandlungen mit aller Ruhe ab-  
warten zu können.

Der Reichskommissar für die Gesundheits-  
pflege im Rheinströmgebiet macht bekannt, daß  
die Kontrollstationen zu Ruhrort, Duisburg und  
Düsseldorf aufgehoben sind. Die Grenzkontroll-  
station Emmrich bleibt bis auf weiteres bestehen.

Posen, 26. Oktober. Einen nicht zu unter-  
schätzenden Erfolg hat wiederum der Polonismus  
erzielt. Bis her verlangte die Staatsregierung,  
daß die Geschäftssprache der Kirchenvorstände und  
Gemeindevertretungen die deutsche sei, wenn die  
Mehrheit der Pfarreingesessenen deutsch ist, und  
daß die Behörden zu entscheiden hätten, ob diese  
Voraussetzung zutreffe. Jetzt ist vom Erzbischof  
von Gnesen-Posen im Einvernehmen mit den  
Oberpräsidenten der Provinzen Posen, Westpreußen  
und Pommern bestimmt worden, daß die Ent-  
scheidung darüber, ob die deutsche oder die polnische  
Sprache anzuwenden sei, den Kirchenvorständen  
und Gemeindevertretungen selbst überlassen bleibt.  
Sobald also in den letzteren die Polen die Mehr-  
heit haben, kann die Einführung der polnischen  
Geschäftssprache auch dann beschlossen werden,  
wenn die Mehrheit der Eingewohnten deutsch ist.

Sprottau, 28. Oktober. In einer zahlreich  
besuchten Versammlung selbstständiger Handwerks-  
innungsmeister des Kreises Sprottau, welche heute  
unter Vorsitz des Landraths v. Klitzig stattfand,  
wurden einstimmig alle Regierungsvorschläge, be-  
treffend die Organisation des Handwerks, abge-  
lehnt und beschlossen, die Regierung zu ersuchen,  
daß sie die Zucht- und Arbeitsarbeit und die Wanderlager  
behalte, die militärischen Delinquenz-Verhältnisse  
behalte, und eine höhere Befestigung der  
Konsumvereine, sowie die Umwandlung der obli-  
gatorischen Fortbildungsschule in eine fakultative  
herbeiführe. Dann wurde dem Handwerk wirt-  
sam gedankt.

Dresden, 28. Oktober. Das „Dresdener  
Journal“ veröffentlicht folgende Dankagung des  
Königs Albert: „Die Feier meines 50-jährigen  
Militärdienst-Jubiläums hat sich mir durch die  
Anwesenheit der Tugend und Anhänglichkeit,  
welche mir auch aus nicht militärischen Kreisen  
in der mannigfaltigsten Form aus allen Theilen  
meines Landes von Gemeinden, Vereinen und  
einzelnen in Wort und Schrift, in feiner und  
künstlerisch ausgeführten Darbietungen zuge-  
gangen sind, nicht minder durch die reiche Aus-  
schmückung der Gebäude, Straßen und öffent-  
lichen Plätze und durch die glänzende Huldigung  
der Krieger, Turner- und Gesangsvereine zu einem  
besonders hohen Feste gestaltet. Mit freudiger  
Bewegung bezeuge ich daher allen, welche Meiner  
an diesem wichtigen Anlaß meines Lebens ge-  
dacht haben, daß der Zweck ihrer Aufmerksam-  
keiten, Meine Festesfreude zu erhöhen, in voll-  
kommener Weise erreicht worden ist. Es ist mir  
ein Bedürfnis des Herzens, hierfür Meinen wärm-  
sten Dank auszusprechen.“

München, 28. Oktober. Der Erzbischof  
von München hat aus Anlaß der jüngst wider-  
holten Haberseld-Treiben einen Hirtenbrief erlassen,  
worin er die Haberer mit dem großen Kirchen-  
bann bedroht.

Sämmtliche Prinzen und Minister haben den  
Ober-Konföriationspräsidenten Stöcklin, der seit  
1883 das Oberhaupt der evangelischen Kirche  
Baverns ist, zu seinem 70. Geburtstag beglück-  
wünscht.

Stuttgart, 28. Oktober. Der König em-  
pfing heute im Wilhelmspalast den italienischen  
Botschafter Grafen Langza in feierlicher Audienz.  
Der Botschafter sprach im Auftrage seines Sou-  
veräns dem Könige den Dank aus für die herzu-  
liche Aufnahme, welche dem Prinzen von Neapel  
in Stuttgart zu Theil wurde und überreichte  
dem Könige den Munitionatorden. Gleichzeitig  
übermittelte der Botschafter die Einladung seines  
Souveräns an den König zum Gegenbesuch in  
Italien. Der König verlieh dem Botschafter das  
Großkreuz des württembergischen Kronenordens.

Mudolfstadt, 27. Oktober. In diesem Monat  
haben auch im Fürstenthum Schwarzburg-Mudolf-  
stadt Wahlen für den Landtag stattgefunden. Die  
Sozialdemokratie hatte eine sehr lebhafte Thätig-  
keit entwickelt, in der Erwartung, mehrere Man-  
date zu gewinnen. Doch hat sie sich sehr ge-  
täuscht. In der Hauptwahl ist ihr nur das  
eine Mandat, das sie bisher besessen hatte, wieder  
gefallen, und in der am 24. Oktober vollzogenen  
Stichwahl im Wahlkreis Königsle 1 ist ihr Kan-  
didat unterlegen, jedoch sie keinen Erfolg zu  
verzeichnen hat. Die parteiliche Zusammensetzung  
des Landtages bleibt unverändert.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Oktober. Der Ministerrat hat  
erst morgen statt. Heute hatte zunächst Taaffe  
einen längeren Vortrag beim Kaiser. Ein Koali-  
tionsministerium, dessen Präsident der Statthal-  
ter von Galizien, Graf Babin, oder der konse-  
rative Prinz Windischgrätz übernehmen würde,  
gilt als wahrscheinlich.

Wien, 28. Oktober. Eine in der „Freie“  
veröffentlichte Mittheilung stellt fest, daß das Ka-  
binet seine Demission noch nicht überreicht hat;  
doch dürften die nächsten Stunden eine wichtige  
Entscheidung bringen. Morgen findet ein Mi-  
nisterrat unter Vorsitz des Kaisers statt.

Wien, 29. Oktober. Mehrere Blätter ver-  
sichern, Hohenwart habe erklärt, er würde wegen  
seines vorgeschrittenen Alters weder die Bildung  
eines neuen Kabinetes noch ein Portefeuille über-  
nehmen. Verschiedene Blätter nennen allerlei  
Namen, doch sind dies lediglich Muthmaßungen  
ohne thatsächliche Begründung. Die „Neue Freie  
Presse“ veröffentlicht ein Interview mit dem Gra-  
fen Hohenwart, in welchem derselbe erklärt, die  
Auflösung des Hauses sei ausgeschlossen, weil das neue  
Haus dieselbe Physiognomie zeigen und die Regie-  
rung auch dort keine Majorität finden würde.  
Graf Hohenwart hält die Bildung eines Koali-  
tionskabinetes für möglich, in welchem alle großen  
Parteien des Hauses vertreten wären. Die neue  
Regierung müßte die bescheidensten schwebenden  
Vorlagen erledigen, für den materiellen Nothstand  
Abhilfe schaffen und eine neue Wahlreformvorlage  
ausarbeiten, welche das Wahlrecht zu Gunsten der  
Arbeiter erweitere; sie müßte das Haus auffordern,

die Beratung aller sonstigen Wahlreformanträge  
zu vertagen, bis die neue Regierungsvorlage fertig-  
gestellt wäre. Es werde sich bald zeigen, ob ein  
dauerndes gemeinsames Wirken einer solchen  
Koalitionsregierung möglich sein werde, oder ob  
dieselbe nur einen Uebergang bilde. Der Haupt-  
grund für die Störung des Zusammenhanges  
zwischen dem Kabinet Taaffe und den großen  
Parteien läge in der Einbringung der Wahlreform-  
vorlage ohne vorhergegangene Fühlung mit den  
Parteien. Seine persönlichen Beziehungen zu dem  
Ministerpräsidenten Taaffe seien dieselben wie  
früher, aber angesichts der schwierigen Lage habe  
er (Hohenwart) selbst Taaffe als das einzige  
Mittel gerathen, zu demissioniren und die Bildung  
eines Koalitionskabinetes zu ermöglichen.

Wien, 28. Oktober. Das „Freundenblatt“  
bespricht die Antwort des italienischen Minister-  
präsidenten Giolitti auf das Schreiben Rudinis  
und sagt:

Vorübergehende Rückschläge in der seit der  
Einigung Italiens begonnenen Aufwärtsbewegung  
können die Zurechtweisung auf die fortgesetzte Hebung  
der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht beirren.  
Dank den Bündnissen mit den beiden mitteleuro-  
päischen Kaiserreichen konnte Italien an seinem  
Kriegszug bedeutende Vorteile vornehmen. Die  
Meinungsverschiedenheiten bezüglich der inneren  
Politik verloren an Schärfe, und bezüglich der  
äußeren Politik ist alles eintig, daß das Festhalten  
an Dreibünde und die Pflege der Freundschaft  
mit England die obersten Grundsätze und die beste  
Gewähr sind für die Erhaltung der Ruhe und die  
Sicherung der Interessen Italiens. Da die  
Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung  
fest gegeben sind, haben wir das vollste Ver-  
trauen, daß Italien die gegenwärtige Krise über-  
winden und daraus mit verdoppeltem Kraft-  
wuchse hervorgehen wird.

## Belgien.

Brüssel, 24. Oktober. Das internationale  
Zollbureau veröffentlicht den Bericht über das  
zweite Jahr seiner Thätigkeit (1. April 1892 bis  
31. März 1893). Im Bulletin des Douanes,  
dem Organ des Bureau, wurden in dieser Zeit  
die Zolltarife folgender Länder in fünf Sprachen  
veröffentlicht: Schweiz, Italien, Portugal, Deutsch-  
land, Niederlande, Mexiko, Japan, Neuseeland,  
Venezuela, Victoria, Rumänien, Dänemark, Oester-  
reich-Ungarn, Serbien, Brasilien, Egypten, Fran-  
zösisch-Indien, Martinique, Guadeloupe, Fran-  
zösisch-Guayana, Kuba und Portoriko, Lapland und  
Frisland, Dänemark, Philippinen, Gabun, Inseln  
St. Pierre und Miquelon, La Réunion, Insel  
Mayotte, Neu-Kaledonien, Queensland, Neu-Süd-  
wales, Ceylon, Gibraltar, Malta, Cypern, Sal-  
vador, Britisch-Honduras und Kanada. Die  
Verträge sämtlicher im Zollbureau vertretenen  
Staaten gebot werden, beliefen sich im ersten  
Jahre auf 119 058 Fr., im zweiten Jahre auf  
118 740 Fr. Die einzelnen Tarife sind bei dem  
Bureau erhältlich.

## Frankreich.

Paris, 29. Oktober. In einer Unterredung  
zwischen dem Minister des Auswärtigen und dem  
Generalgouverneur von Algier wurde der Vor-  
marsch der an der Grenze der Tuat-Oasen an-  
gesammelten etwa vierzehntausend Mann starken  
Expeditionskolonne gegen die Tuaregs beschlossen.  
Zweck der Aktion ist die Verbindung von Algier  
mit Timbuktu und dem Niger für Frankreich zu  
sichern. Im Ministerrat, der Dienstag statt-  
findet, wird Derville seinen Kollegen Mittheilung  
von der neuen Expedition machen. Gleichzeitig  
soll auf den Rapport des Generalinspektors der  
Marine-Artillerie der französische Hafen Diego  
Suarez auf Madagaskar in Befestigung erster  
Ereignisse mit einer Küstenbatterie versehen  
werden.

Paris, 29. Oktober. Der Präsident Car-  
not ist um 1 1/2 Uhr Nachts hier eingetroffen.

Paris, 29. Oktober. Nach hier eingetrof-  
fenen Nachrichten aus Rio de Janeiro ist das im  
Besitz der Aufständigen befindliche Pulvermagaz-  
in zu Mucanguie in die Luft gesprungen.

Aus Rio Grande wird gemeldet, daß die  
provisorische Regierung Oesterro zum Freihafen  
erklärt hat.

Ueber die Aufnahme, welche die Depesche d. Z.  
Zaren an Carnot in Frankreich gefunden hat, wird  
aus Paris gemeldet:

Die Depesche des Zaren wird von allen  
Blättern als ein Ereignis allerersten Ranges ge-  
feiert. Der „Figaro“ glaubt zu wissen, daß die  
erste etwas lässige Depesche des Zaren nicht für  
die Deffektivität bestimmt war, sondern nur  
durch einen Irrthum bekannt gegeben wurde. Der  
„Figaro“ schreibt weiter: „Das franko-russische  
Bündnis existirt, welche Form auch das diploma-  
tische Dokument haben mag, das es sanktionirt,  
die Thatsache des Bündnisses liegt heute hell am  
Tage. Die „Debat“, die ebenfalls sehr enthu-  
siastisch sind, verlieren wenigstens nicht ganz das  
Urtheil; sie schreiben: „Es war unmöglich, in  
einfacheren und klareren Ausdrücken den doppelten  
Charakter der Ereignisse zu präzisiren, welche  
gleichzeitig zwei große Länder einander näher  
bringen und Allen das Gefühl der Sicherheit ver-  
stärken. Die Depesche des Kaisers Alexander sagt  
alles Nothwendige, um Frankreich eine neue  
Freunde zu bereiten und Europa zu beruhigen.“

Die „Eclair“ erklärt: „Das, worauf es an-  
kommt, ist die Thatsache, daß man gemeinsam  
vorgeht, und daß die Welt dies weiß.“

Der offiziöse „Paix“ ist übermäßig enthu-  
siastisch, nennt die Depesche eine begeisterte Pro-  
klamation des allmächtigen Herrschers des unge-  
heuren Moskoverreiches und fragt dann: „Ver-  
sichert der Zar nicht wenigstens mit souveräner  
Autorität, daß die Kriegsbündnisse, die es geben  
mag, mit dem fürchterlichen Friedensbunde seit  
Beginn des Jahrhunderts zu rechnen haben?“  
Der bekannte Indet vom „Reit Journal“, der  
vergebens in Kopenhagen den Zaren interviewen  
wollte, schließt einen Artikel mit den Worten:  
„Wir vertrauen der Weisheit des Zaren, wie der  
Zar heute Vertrauen zu unserer Weisheit haben  
muß, wir verstehen zu warten. Zuletzt Adam  
hofft im „Journal“, daß die französischen Diplo-  
maten jetzt nicht mehr dasjenige gestehen können,  
was die Liebe Frankreich erreicht habe.“

Im Uebrigen sind die Pressstimmen durchweg  
friedlich gehalten.



